DIE HINTERGRÜNDE DES DEUTSCH-POLNISCHEN KONFLIKTS
(Fall Weiß)

Eines muß ich gleich vorwegnehmen: Geschichtsdarstellungen, mit einem die tatsächlichen Vorgänge im Polenstaat zwischen 1918 und 1939 demaskierenden Inhalt, sind in der „offiziellen“ Geschichtsschreibung kaum oder gar nicht bekannt. Daraus ergibt sich zwangsläufig die Frage: woher sollten junge Historiker, Studenten, Schüler oder andere Interessenten - infolge ihres (amtlich verordneten) Nichtwissens - die erforderlichen Argumente nehmen, um der ebenso niederträchtigen wie abgrundtief verlogenen Alleinschuldlüge der Deutschen die Stirn bieten zu können?

In der anschließenden Quellenangabe werde ich einige sehr lesenswerte Werke anführen, die die damaligen polnischen Aktivitäten ins rechte Licht rücken. Das erste dieser Werke trägt den Titel: „Wolnomularstwo w II. Rzeczypospolitej’ „, zu deutsch: „Die Freimaurerei in der II. Republik Polen in den Jahren 1918-1939“, verfaßt von Professor Leon Chajn. Zunächst können wir diesem bedeutenden Informationswerk entnehmen, daß polnische Freimaureraktivitäten - weitgehendst beeinflußt vom Pariser Großorient - die polnische Innen- wie die Außenpolitik von 1920 - 1939 erkennbar mitgestaltet haben. Sie haben besonders nach Pilsudskis Tod im Jahre 1935 im Spiel gegen Deutschland eine nachweisbare Rolle gespielt. Der einzig namhafte Gegenpol hierzu war der gegenüber den Logen wie auch gegenüber der Kirche geistig unabhängige Marschall Josef Pilsudski, der nie einer Loge angehörte. Es muß daher ausdrücklich betont werden, daß ohne diese politische Unabhängigkeit des Marschalls der deutsch-polnische Freundschafts- und Nichtangriffspakt des Jahres 1934 nie zustandegekommen wäre.

„FREMDE AGENTUREN“

Pilsudski hat in seiner polterigen Art verschiedentlich die unheilvolle Einmischung in- und ausländischer Logen in die polnische Politik als diejenige „fremder Agenturen“ öffentlich gebrandmarkt und zurückgewiesen. Sehr deutlich wurde Pilsudski, als er im Jahre 1934 zu Dr. Josef Goebbels in Warschau wörtlich sagte: „Herr Minister, wir (Polen und Deutsche) werden doch nicht so verrückt sein und uns gegenseitig die Schädel einschlagen.“ Es versteht sich von selbst, daß der damalige, zur Entspannung in Osteuropa beitragende, deutsch-polnische Vertrag allen Kriegshetzern ein unerträglicher Dorn im Auge war und daß mit dem reichlich mysteriösen Tod des polnischen Marschalls die Jahre von 1935 bis 1939 nur noch eine „Abwartezeit“ für die internationalen Kriegstreiber waren, - gemäß der Voraussage des britischen Lord Vansittart: „Wenn Hitler fehlschlägt, wird sein Nachfolger der Bolschewismus sein; wenn er Erfolg hat, wird er innerhalb von fünf Jahren einen europäischen Krieg bekommen.“ (1933 in „Even now“, London, Seite 69).

Nach dem Tode Pilsudskis wurde immer deutlicher, daß die antideutsche Verratspolitik am Ende des nationalorientierten Marschall Pilsudskis auf jenen Hintergrundaktivitäten beruhte, die vor und im Ersten Weltkrieg zur Wiederherstellung eines selbständigen Polen in intriganter Weise ins Spiel gebracht worden waren.

VERSAILLES, DIE URSACHE DES KONFLIKTS

Wie Italien mit Südtirol war Polen 1919 mit den deutschen Gebieten von Westpreußen, Posen und Oberschlesien „reich belohnt“ worden. Außerdem hatte die damaligen Drahtzieher das geradezu wahnwitzige Danzig- und Korridorproblem geschaffen, wo man ganz locker und jederzeit die große Krise inszenieren konnte. 1939 war es dann soweit! Zwar hatten die in den Jahren 1929/21 angesetzten Volksabstimmungen in Ostpreußen 97,9 %, in Westpreußen 92,4 %, in Niederschlesien 97,6 % und in Oberschlesien 62% für den Verbleib beim Deutschen Reich gebracht, doch war das von den „Siegern“ so hochgepriesene „Selbstbestimmungsrecht“ derartig mit Füßen getreten

worden, daß das erschütterte Osteuropa nicht mehr zur Ruhe kommen sollte. Während in den ehemals deutschen Provinzen Posen und Westpreußen bis zum Jahre 1920 mehr als 1,200.000 Deutsche gelebt hatten, sank diese Zahl nach zehnjähriger Polenherrschaft auf etwa 350.000 ab. Gleich zu Beginn der Polenherrschaft 1919, errichteten die neuen Machthaber in der Provinz Posen, uns zwar in den orten Szczypiorno und Stralkowo, die ersten Konzentrationslager, wo ca. 16.000 Deutsche als „Staatsfeinde“ hinter Stacheldraht gesetzt wurden. Später kamen noch zwei weitere derartige Lager hinzu. Der Großteil der deutschen Schulen wurde geschlossen, deutscher Grundbesitz beliebig und willkürlich enteignet. Das in Versailles mitunterzeichnete Minderheiten - Schutzabkommen war in der Praxis nur ein Fetzen Papier. So blieb es in Polen bis zu seinem Untergang im September 1939.

Zu den bisherigen Zeugen und Stimmen zur Geschichte des Versailler Polenstaates komme ich jetzt auf ein höchst aufschlußreiches Buch des damals sehr bekannten Dr. Hermann Rauschnig zu sprechen, der als Kronzeuge und Ankläger polnischer Entdeutschungspolitik nach seiner Emigration aus Danzig weltweit bekannt gewesen ist. Rauschnig wurde 1887 in Thorn a.d. Weichsel geboren. Die Jahre der Entdeutschung nach 1920 erlebte er in Posen und gab aufgrund des in dieser Zeit gesammelten vielfältigen deutschen und polnischen Materials im Jahre 1930 in Berlin seinen damals aufsehenerregenden Dokumentarband: „Die Entdeutschung Westpreußens und Posens nach 10 Jahren polnischer Politik“ heraus. In jener Zeit der Zwanziger Jahre schrieb der Posener „Dziennik“ wörtlich: „Das einzige Verhältnis, das zwischen uns und den Deutschen obwalten kann, ist das des Hasses und des Kampfes“ - und Dr. Rauschnig bemerkte dazu:

„Die Ohnmacht Deutschlands ist der Anreiz zu der polnischen Entdeutschungspolitik gewesen, sie unterstützt des polnischen Imperialismus. Die Minderheitenbewegungen im Osten seines Reiches hat die polnische Presse als Bolschewismus hingestellt. Aber auf der Linie Wilna-Lemberg führt Polen einen Eroberungskampf gegen andere slawische Volksstämme. Nicht anders ist es an der Westgrenze ! Bis jetzt führt Polen seinen Eroberungskrieg im eigenen Lande. Es geschieht durch die erfolgreiche Entdeutschungspolitik im abgetretenen Gebiet. Die jagiellonische Idee des Großpolens, das Rußland in seiner Rolle im Osten ablösen soll, ist es, die letzen Endes auch ihr den Anstoß gegeben hat.“

DIE VERFOLGUNG DER DEUTSCHEN IN POSEN UND WESTPREUßEN

Offenherzig schrieb am 13.6.1926 die „Gazeta Gdanska“ zum Thema der Entdeutschung: „Der sicherste Panzer Pommerellens sind die Millionen polnischer Ansiedler. Alles Land, das noch im Besitz der Deutschen ist, muß den deutschen Händen entrissen werden.“ Jedes Mittel konnte angewandt werden, um die deutsche Volksgruppe zu schwächen und zu dezimieren. Die deutschen Zeitungen in Polen durften die volle Wahrheit über die Unterdrückung und Entrechtung der Volksdeutschen nicht bringen. Am Beispiel der Bromberger „Deutschen Rundschau“ sei dies verdeutlicht: Von 1920 bis 1939 hatte diese Zeitung 872 Strafverfahren. Die Schriftleiter wurden zu insgesamt 5 Jahren, 11 Monaten und 20 Tagen Gefängnis verurteilt. 546mal unterlag diese deutsche Zeitung der Beschlagnahme. Gesamtverluste: ungefähr 700.000 Zloty. Aber auch den anderen volksdeutschen Zeitungen in Polen blieb ein derartiges Schicksal nicht erspart.

Hinzu kam noch eine permanente Deutschenhetze. In dieser Hinsicht hat es von der ersten bis zur letzten Stunde des Versailler Polenstaates keine Atempause gegeben. Als Ende 1933 ein deutscher Diplomat in Warschau mit Pilsudski verhandelte, sagte der Marschall wörtlich: „Sagen Sie Ihrem Führer, ich glaube es gern, daß er ehrlich bemüht ist, alle Probleme zwischen Polen und Deutschland vernünftig zu lösen. Er möge aber nicht übersehen: Der Haß meines Volkes gegen alles Deutsche ist abgrundtief !“

Eines wußte Pilsudski sehr genau: daß das Werben Hitlers um Polens Gunst ehrlich gemeint war. Zur Sicherung Europas gegen Asien war im Rahmen des europäischen Schutzwalles Polen ein besonderer Platz im späteren Antikomminternpakt zugedacht, der des besonderen militärischen Schutzes durch das Deutsche Reich hätte ganz sicher sein können.

„GOLDENE BRÜCKEN“ FÜR POLEN

Es ist eine der infamsten und auch dümmsten Lügen, wonach Hitler schon seit langem geplant habe, Polen zu zerstören. Genau das Gegenteil davon entspricht der Wahrheit, was dadurch bewiesen wird, daß das Deutsche Reich in der Zeit von 1934-1939 mit Hilfe zahlreicher großzügiger Angebote unablässig versucht hat, Polen wahrhaft „goldene Brücken“ zu bauen. Wenn diese ehrlichen Bemühungen letztlich mit einem Fehlschlag geendet haben, so sollten wir Deutschen endlich begreifen, daß dies verheerende Ergebnis nicht dem Deutschen Reich, sondern dem imperialistisch ausgerichteten Polen von damals sowie den internationalen Kriegstreibern der Dreißiger Jahre angelastet werden muß.

Um nun den politischen Ablauf im Versailler Polen während der Dreißiger Jahre ergänzend darzustellen, komme ich jetzt auf einen Dokumentarband zu sprechen, der unter dem Titel „Geheime Ostfront“ von den ehemaligen deutschen Abwehroffizier Oscar Reile 1963 herausgegeben wurde. Eines muß ich hierorts noch bemerken: Wie der Pole Prof. Leon Chajn und der Volksdeutsche Dr. Hermann Rauschnig war auch Oberstleutnant Reile, als Mitarbeiter und enger Vertrauter von Admiral Canaris, ein entschiedener Gegner Hitlers und des Nationalsozialismus. Ohne die zum Teil sensationellen Aussagen Reiles über die Hintergründe der gegen Deutschland gerichteten polnischen Aggressionspolitik wäre sicherlich vieles bis heute im Dunkel der Geschichte geblieben. Reile hat den eindeutigen Nachweis erbracht, daß sich der polnische Präsident Rydz-Smigliy wie auch sein Außenminister Josef Beck nach Pilsudskis Tod - also vom Sommer 1935 bis in den Sommer 1939 hinein - als hemmungslose Kriegstreiber gegen Deutschland betätigt haben.

Daher ist ohne weiter Umschweife die Feststellung berechtigt: Diese im Fahrwasser internationaler Kriegstreiber agierende Warschauer Verschwörergruppe strebte zielbewußt den Krieg mit Deutschland an. Die Zielsetzung war dabei rein imperialistischer Natur, woraus auch in der Öffentlichkeit nie ein Hehl gemacht wurde. Sie bestand vor allem in der festen Absicht der gewaltsamen Eroberung der deutschen Ostgebiete und deren Einverleibung in den geplanten großpolnischen Staatsverband. Der kenntnisreiche Abwehrmann Reile bestätigt dies wenn er schreibt: „Mehr und mehr entschied sich Josef Beck für die Thesen des polnischen Historikers Adolf Bochenski, der eine Politik des Blutvergießens als die einzige richtige für Polen verkündete. Ihm schwebte vor, mit Hilfe der Westmächte erneut in einen großen Krieg zu stürzen. Da der erste Weltkrieg die Selbständigkeit und einen Teil der ursprünglich polnischen Gebiete gebracht habe, sei zu hoffen, daß ein zweiter großer Krieg Polen auch noch die restlichen Gebiete bescheren werde, auf die es Anspruch erheben könne.“ Damit gemeint waren die von allen polnischen Chauvinisten seit 1920 geforderten deutschen Provinzen Ostpreußen und Danzig, Pommern und Schlesien. Über fast alle diese internen Vorgänge in Warschau war die Deutsche Reichsregierung in den dreißiger Jahren bestens informiert.

Es kann heute nur als erstaunlich gelten, daß Hitler trotz Wissens um die verhängnisvollen Betrugsmanöver in Warschau nie die Nerven verloren hat und mit einer Langmut ohnegleichen immer wieder versucht hat, mit Polen ins reine zu kommen. Um der historischen Wahrheit willen muß aber auch gesagt werden, daß nicht alle Polen damals zum politischen Selbstmord bereit waren.

POLEN ZUM KRIEG ENTSCHLOSSEN

Die auf einen Krieg mit Deutschland abzielenden Machenschaften der Beck-Rydz-Smigly-Gruppe und ihrem Dunstkreis aus der Freimaurerei wurden restlos bestätigt, als beim Einmarsch deutscher Truppen in Warschau im September 1939 fast die gesamten Akten des polnischen Außenministeriums wie auch des polnischen Geheimdienstes in deutsche Hände fielen. Dazu ist überdies ein vor einigen Jahren vom britischen Außenministerium veröffentlichter Geheimbericht sehr aufschlußreich, der - als Ergebnis einer Erkundungsfahrt durch Polen im Mai 1939 - von den britischen Deutschlandexperten William Strang und Gladwyn Jebb am 9.Juni 1939 dem Londoner Außenministerium vorgelegt wurde. Hier sein Fazit: In Gesprächen mit hohen polnischen Offizieren und Beamten am Vorabend des Zweiten Weltkrieges konnten die beiden Engländer in Erfahrung bringen, wie sehr bereits der Krieg mit Deutschland in die polnischen Planungen einbezogen war. - Dazu kam die erhoffte Gewinnung der deutschen Ostgebiete, die Vertreibung der deutschen Bevölkerung und die Teilung Deutschlands(!)

Für die hinterhältige Politik Polens in den Dreißiger Jahren zeugen weiters die folgenden drei historischen Tatsachen, die niemand aus der Welt zu reden vermag:

1. Im Jahre 1933 versuchte Polen einen Präventivkrieg gegen das Reich mit Unterstützung Frankreichs in Gang zu bringen.
2. Im Jahre 1936 bemühte sich Josef Beck in Paris und London um einen Krieg gegen Deutschland.
3. Polen erzwingt im Sommer 1939 mit Hilfe terroristischer Gewaltakte - gemäß der damaligen Provokationsstrategie - den Krieg mit Deutschland.

Mehr als 50.000 Volksdeutsche waren damals inhaftiert oder befanden sich auf den Verschleppungs-Märschen. Mehr als 76.000 Volksdeutsche waren bis Anfang August 1939 nach Deutschland geflüchtet. Abertausende von volksdeutschen Frauen und Kindern, Männern und Greisen wurden bestialisch umgebracht. Auch muß hier mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß es weder in den 20 polnischen Jahren noch speziell im Sommer 1939 eine „Fünfte Kolonne“ der Volksdeutschen in Polen gegeben hat, außer im Vokabular weltweiter polnischer Rechtfertigungspropaganda. Auch die Franzosen agierten nach ihrer Niederlage 1940 mit diesem „Tausendundeinenachtmärchen“ der „Fünften Kolonne“, um ihre Niederlage zu rechtfertigen.

Rydz-Smigly, dieser glühende Deutschenhasser mit seinem mongoloiden Gesichtsausdruck, der sich gerne mit Napoleon verglich, war zweifelsfrei nie ein Mann, mit dem ein deutscher Staatsmann hätte vernünftig reden können. Immerhin, am zweiten Kriegstag, am 2.September 1939, als sich die Katastrophe die auf Polen zukommen sollte bereits klar abzuzeichnen begann, wollte Rydz-Smigly den Krieg beenden. Wenig später hat er nach seiner Flucht aus Polen in Rumänien erklärt, die Engländer hätten ihn beschworen, er dürfe auf keinen Fall mit Deutschland Frieden schließen! Sie - die Engländer - würden Polen zu Lande, zu Wasser und in der Luft zur Hilfe kommen(!) Im Mai 1939 war der polnische Kriegsminister Kasprzycki in Paris und wurde von den Franzosen nach den polnischen Befestigungsanlagen an der polnischen Westgrenze befragt. Der polnische General erklärte selbstsicher, sie hätten an ihrer Westgrenze so gut wie keine Befestigungsanlagen und brauchten auch keine, denn Polen würde von Anbeginn eines Krieges mit Deutschland einen offensiven Bewegungskrieg führen und mit seinen zahlreichen Kavalleriebrigaden die deutschen Ostgebiete in kürzester Zeit überrennen(!)

Ein weiteres wichtiges politische Geschehnis aus dem Frühjahr 1939: Der damalige französische Spitzendiplomat und Botschafter Graf Ferdinand de Brinon sagte am 5.11.1940 in Paris in einem Interview mit dem Pariser Vertreter der amerikanischen Agentur „New Service“, Louis P. Harl, über die Kriegsursachen von 1939 wörtlich: „Ich erinnere mich noch sehr gut an eine

Zusammenkunft in meinem Hause zu Beginn des Frühjahrs 1939 zwischen Pierre Laval und dem polnischen Botschafter Lukasiewicz. Herr Laval beschwor den polnischen Gesandten, seinen Einfluß dahin auszuüben, um seine Regierung zu der Fortführung einer klugen und vorsichtigen Politik zu veranlassen. „
„Der polnische Botschafter in Paris - ein altbewährter und eingeweihter Geheimbündler - erwiderte verächtlich: 'Wir werden sie (gemeint war das kriegsunlustige Frankreich) zwingen, Krieg zu führen!' „ Ein weiters eindeutiges Bekenntnis zur Kriegsabsicht mit Deutschland legte Rydz-Smigly Mitte Juli 1939 in einem Interview mit der amerikanischen Journalistin Mary Heaton Vorse ab, das dann am 19. Juli 1939 im „News Chronicle" veröffentlicht wurde. Dabei sagte er zur Danzigfrage unter anderem folgendes: „Sofern die Deutschen weiter bei ihren Anschlußplänen beharren werden, wird Polen den Kampf aufnehmen, sogar wenn es allein und ohne Bundesgenossen sich schlagen sollte... Aus diesem Grunde habe ich vor vier Monaten die Mobilisierung angeordnet... Glauben Sie mir bitte, daß die Mobilisierung nicht nur eine Demonstration war. Wir waren damals zum Kriege bereit, wenn das notwendig gewesen wäre". Mit anderen Worten gesagt: Rydz-Smigly war bereits im März 1939 bereit, in Deutschland einzumarschieren(!) Diese im Jahre 1939 offen zur Schau gestellte Kriegsbereitschaft Polens, die jegliche vernünftige Einigung mit dem Reich unmöglich machte, findet ihre letzte Erklärung in der den Polen bereits in Versailles - und ihr besonders von den Franzosen - zugewiesenen Aufgabenstellung gegen das Reich. Bereits 1922 begann in Polen eine zielstrebige psychologische Kriegführung gegen Deutschland, über die Oscar Reile folgendes schreibt:

„Die Polen gingen daran, halbamtliche Propagandainstitutionen aufzubauen, die ihr ganzes Land mit einem Netz von Tausenden von Ortsgruppen überzogen und Publizisten, Offiziere, Schriftsteller und vor allem Hunderte von Zeitschriften in ihren Dienst stellten. In unzähligen Büchern und in Tausenden und Abertausenden Zeitungsartikeln wurde der 'Nachweis' geführt, daß Danzig, ferner ganz Westpreußen und große Teile Pommerns und Ostpreußen ursprünglich zu Polen gehört hätten... Verfälschung historischer und ethnologischer Forschungsergebnisse, gefälschte Statistiken und Umdeutungen geschichtlicher Ereignisse mußten dazu herhalten, diesen sogenannten 'Beweis' zu führen... die bedeutendsten Träger dieser halbamtlichen über ganz Polen gespannten Organisationen waren das sogenannte Baltische Institut, ferner der polnische Westmarkenverband und die Liga der Polnischen Seefahrt. Der letzteren allein gehörten in den Dreißiger Jahren über 6.000 Ortsgruppen mit über 800.000 Mitgliedern an."

DEUTSCHE VORSCHLÄGE FÜR EINE FRIEDLICHE EINIGUNG

Demgegenüber standen deutscherseits die bereits von mir erwähnten und jetzt nochmals umrissenen Angebote an Warschau, mit denen wahrhaft „goldene Brücken" gebaut wurden:

1. Die Aufnahme Polens in den Antikomminternpakt und militärischer Schutz für Polen im Falle eines sowjetischen Angriffs.
2. Rückkehr Danzigs zum Deutschen Reich und Bau einer exterritorialen Autobahn durch den Korridor.
3. Garantie der polnischen Grenzen.
4. Der deutsch-polnische Vertrag wird von 10 auf 25 Jahre verlängert.

Die Antwort Polens bestand in einer nie dagewesenen Deutschenhetze und in kaum faßbaren, wissentlich provozierten Herausforderungen in unbekannter Zahl. Seit Juli 1939 befand sich das Leben eines jeden einzelnen Volksdeutschen in permanenter Bedrohung und Gefahr. Somit lag für das Deutsche Reich ein im Völkerrecht verankerter übergesetzlicher Notstand vor, der dadurch begründet war, daß die damalige polnische Regierung und ihre Organe weder willens noch fähig waren, den Schutz der über 1,200.000 volksdeutschen Staatsbürger Polens überhaupt noch wahrzunehmen und zu gewährleisten. Folglich war der deutsche Einmarsch in Polen am

1.September 1939 genau genommen nichts anderes als eine Polizeiaktion gegen rabiat gewordene Terroristen, die ganz sicher vielen tausend Deutschen das Leben gerettet hat. Ich möchte aber nicht bestreiten, daß in begründeter Reaktion auf diese Welle blutigen polnischen Terrors der erste Schwertstreich deutscherseits erfolgte.

Darauf hatten die Internationalen Kriegstreiber geradezu brennend gewartet, um der ohnehin unwissenden Welt und vornehmlich später den „umerzogenen“ Deutschen einbleuen zu können, der „Aggressor Deutschland habe das friedliebende Polenvolk vorsätzlich und brutal überfallen.“ Diese Weltlüge im Jahrhundertmaßstab wurde nach 1945 für alle Deutschen zu einer Art „Geschichtsdogma“ erhoben, dessen Zweck der Tübinger Professor Theodor Eschenburg so charakterisierte: „Wer die Alleinschuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg bezweifelt, zerstört die Grundlage der Nachkriegspolitik... “

ANHANG

WORTLAUT DER DEUTSCHEN VORSCHLÄGE ZUR BEREINIGUNG DER KORRIDORFRAGE

"Die Freie Stadt Danzig kehrt auf Grund ihres rein deutschen Charakters sowie des einmütigen Willens ihrer Bevölkerung sofort in das Deutsche Reich zurück. Das Gebiet des sogenannten Korridors, das von der Ostsee bis zu der Linie Marienwerder-Graudenz-Kulm-Bromberg (diese Städte einschließlich) und dann etwas westlich nach Schönlacke reicht, wird über seine Zugehörigkeit zu Deutschland oder Polen selbst entscheiden. Um nach erfolgter Abstimmung - ganz gleich, wie diese ausgehen möge - die Sicherheit des freien Verkehrs Deutschlands mit seiner Provinz Danzig-Ostpreußen und Polen seine Verbindung mit dem Meere zu garantieren, wird, falls das Abstimmungsgebiet an Polen fällt, Deutschland seine exterritoriale Verkehrszone, etwa in Richtung von Bütow-Danzig bzw. Dirschau, gegeben zur Anlage einer Reichsautobahn sowie einer vier-gleisigen Eisenbahnlinie. Die Breite dieser Zone wird auf einen Kilometer festgesetzt und ist deutsches Hoheitsgebiet. Fällt die Abstimmung zugunsten Deutschland aus, erhält Polen zum freien und uneingeschränkten Verkehr nach seinem Hafen Gdingen die gleichen Rechte einer ebenso exterritorialen Straßen- bzw. Bahnverbindung, wie sie Deutschland zustehen würde. Im Falle des Zurückfallens des Korridors an das Deutsche Reich erklärt sich dieses bereit, einen Bevölkerungs-austausch mit Polen in dem Ausmaß vorzunehmen, als der Korridor hierfür geeignet ist."

DER VERMITTLUNGSVERSUCH DES SCHWEDISCHEN INDUSTRIELLEN BIRGER DALERUS

Der britische Botschafter Henderson unternahm am 30.August 1939 noch einen Anlauf, den polnischen Botschafter in Berlin Lipski aus seinem prinzipien- und formeltreuen Nichtstun emporzuscheuchen und zumindest mir der deutschen Reichsregierung Gespräche zwecks einer friedlichen Beilegung des sich anbahnenden Konfliktes aufzunehmen. Er schickte den sich immer für beide Seiten um Vermittlung bemühenden Schweden Birger Dahlerus zu ihm. Dahlerus berichtet darüber in seinen Erinnerungen:

"Lipski empfing uns in seinem Arbeitszimmer, aus dem bereits ein Teil der Ausstattung entfernt war. Er war im Gesicht weiß wie Leinen und wirkte außerordentlich nervös und nieder-geschlagen. Ich wurde gebeten, die deutschen Vorschläge vorzulesen, was ich auch tat. Aber Lipski erinnerte sich in seiner Resignation daran, daß er keine Vorschläge entgegennehmen durfte. Er behauptete, nichts verstehen zu können. Vielleicht konnte er es in der Tat nicht. Vielleicht wollte er aber nur durch eine heroische Taubheit die todbringende Berührung mit den deutschen Vorschlägen vermeiden. Dahlerus machte sich erbötig, die Vorschläge der Sekretärin Lipskis zu diktieren.

Dies wurde angenommen und Dahlerus diktierte den Text in die Schreibmaschine. So war es doch noch gelungen, dem polnischen Botschafter das Memorandum zu ‘überreichen’. Aber das hatte kaum einen Nutzen mehr und sollte vielleicht auch gar keinen mehr haben, denn Lipski sagte zu dem britischen Legationsrat, der Dahlerus begleitete:’ Ich bin davon überzeugt, daß im Fall eines Krieges Unruhen in Deutschland ausbrechen und die polnischen Truppen dann erfolgreich gegen Berlin marschieren würden‘(!)“

DIE „ULTRA-KURZ-UNTERREDUNG“

Gespenstisch, Grotesk und an sich unglaublich sind die Ereignisse, die sich am 31. August 1939, also am Vorabend des deutschen Angriffes auf Polen hinter der Bühne noch abspielten.

Die Polen waren damals wahrhaftig von der Überlegenheit der polnischen Armee über die deutsche Wehrmacht felsenfest überzeugt. Denn ohne diesen Glauben an diese Überlegenheit wäre die "Diplomatie", die die polnischen politischen und militärischen Führer in diesen Monaten an den Tag legten, ja nur als reiner Wahnwitz zu bezeichnen. Sie glaubten im vorhinein, über alles Bescheid zu wissen. Sie sahen all das Verhandlungsgerede als Spiegelfechterei an. Die von ihnen nach Beendigung des 1.Weltkrieges "Landgenommenen" deutschen Gebiete, vor allem der Korridor und Danzig, sollten ihnen weggenommen werden. Als das Reich seinen Vorschlag bekannt gab, sagte Polen es ganz kalt heraus „Raub!“ Polens Diplomatie war wie die Angriffe ihrer Kavallerieregimenter auf die deutschen Panzerverbände in der Tucheler Heide einige mehrere Stunden später. Sie verweigerten jede Verhandlung mit selbstmörderischer Großspurigkeit und Ignoranz. Sie lehnten es ab, einen deutschen Vorschlag auch nur entgegenzunehmen, als ob man nicht hätte nein sagen können, nachdem man die Vorschläge gelesen hatte. Außenminister Oberst Beck wurde von den westlichen Botschaften gefragt, welche Haltung der polnische Botschafter Lipski einnehmen würde, wenn Herr von Ribbentrop, oder wer immer ihn empfange, ihm die deutschen Vorschläge aushändige. Er sagte, daß Herr Lipski nicht ermächtigt werde, ein solches Dokument anzunehmen, da es Angesichts vergangener Erfahrungen von einer Art Ultimatum begleitet sein könnte. Aber man konnte doch einen Vorschlag entgegennehmen und die Annahme eines Ultimatums verweigern. Vergeblich bestürmte die britische Regierung den polnischen Außenminister, der polnische Botschafter in Berlin solle endlich seine Bereitschaft erklären, Vorschläge entgegenzunehmen. Oberst Beck tat überhaupt nichts dergleichen und spielte die Rolle der um ihre Unschuld bangenden Unnahbarkeit unheilvoll weiter. Am 31. August hatte der polnische Botschafter in Berlin mit Reichsaußenminister v. Ribbentrop die berühmte und sogenannte "Ultrakurzunterredung". Lipski berichtet darüber mit einer fast unglaublichen polnischen Präpotenz:

"Herr von Ribbentrop hat mich um achtzehn Uhr empfangen. Herr von Ribbentrop fragte mich, ob ich besondere Vollmachten zum Verhandeln habe. Ich antwortete Herrn von Ribbentrop mit 'Nein.' "

Damit war die Unterredung zwischen dem polnischen Botschafter und dem Reichsaußenminister schon wieder beendet. Dieses "Nein" Lipskis war das einzige Wort, das er in diesen vier Monaten zur Reichsregierung sprach. Hitler hatte jetzt endgültig genug. Er hatte schon um 1240 Uhr, sechs Stunden vor der "Ultrakurzunterredung", den Befehl zum Angriff für den Morgen des 1. September 1939 erteilt und die Vorbereitungen für den "Fall Weiß" laufen ein zweites Mal an. Schon einmal war der Befehl zum Angriff gegeben worden, am 25. August, wurde aber dann widerrufen. Am 31. August erfolgt kein Widerruf mehr. Die geheime Kommandosache OKW-WFA 170-39 geht in acht Ausfertigungen an die höchsten Wehrmachtsstellen hinaus. Das verhängnisvolle Schriftstück wird jetzt nirgends mehr angehalten, und am späten Abend des 31. August hätte selbst Hitler den Angriffsbefehl nicht mehr rückgängig machen können.

„Nachdem alle politischen Möglichkeiten erschöpft sind, um auf friedlichem Wege eine für Deutschland unerträgliche Lage an seiner Ostgrenze zu beseitigen, habe ich mich nun zur gewaltsamen Lösung entschlossen. Der Angriff gegen Polen ist nach den für den ‚Fall Weiß' getroffenen Vorbereitungen zu führen, mit Abänderungen, die sich beim Heer durch den inzwischen fast vollendeten Aufmarsch ergeben. Aufgabenverteilung und Operationsziel bleiben unverändert."

Angriffstag: 1.9.1939 - Angriffszeit: 4.45 Uhr Adolf Hitler

England erklärte am 2. September, Frankreich am 3. September, sich mit Deutschland im Krieg befindlich.

Diesen historischen Fakten ist wohl nichts mehr hinzuzufügen!

VERWENDETES SCHRIFTGUT

· Leon Chajn: Wolnomularstowo w II. Rzeczypospolitej (Die Freimaurer in der II.Republik), 1975 im Warschauer Verlag „Czytelnik", 624 Seiten erschienen, liegt nur in polnischer Sprache auf.
· Prof. Bolko v. Richthofen: Kriegsschuld 1939-1941. Der Schuldanteil der anderen. Vortrag.
· Dr. Hermann Rauschnig: Die Entdeutschung Westpreußens und Posens, 1930 Berlin.
· Oscar Reile: Geheime Ostfront. Die deutsche Abwehr 1921-1945. Verlag Welsermühl 1963.
· Wladyslaw Kozaczuk: Bitwa o tejemnice. Deutsch: Der Kampf um die Geheimnisse. Die Nachrichtendienste Polens und des Reichs 1922-1939. Erschienen 1969 in Warschau. Liegt nur in polnischer Sprache auf.
· Janusz Piekalkiewicz: Polenfeldzug. Erschienen im Bechtermünz Verlag 1996
· Frederick Winterbotham: Aktion Ultra. Erschienen 1976 im Ullstein Verlag.
· Patrick Beesly: Geheimdienstkrieg der britischen Admiralität. Erschienen 1978 im Ullstein Verlag.
· Birger Dahlerus: Der letze Versuch. Weltbild Verlag, Augsburg 1995.
· Viktor Suworow: Stalins verhinderter Erstschlag, Verlag Pour le Mèrite 2000, ISBN 3-932381-09-2

Für das Zustandekommen dieser Publikation danke ich noch einem Historiker einer Universität und einem von einem Institut für Zeitgeschichte. Ich wurde aber ausdrücklich ersucht, betreffende Namen in Hinblick auf die zunehmende Schnüffeltätigkeit in unserem Staat nicht zu erwähnen und habe selbstredend diesem Wunsche entsprochen. So zeichne ich eben allein

Edmund

[1. September 2003]
"Fall Weiß" - Kriegsschuld 1939
Kommentar zu einer gleichnamigen Studie von "Edmund"

Auf den beiden Weltnetzseiten
http://www.volksgemeinschaft.org/ und
http://www.wienernachrichten.com/newpages/his12.html
ist unter der Überschrift "Fall Weiß" eine hervorragende Ausarbeitung von einem gewissen "Edmund" zum deutsch-polnischen Konflikt 1939 zu finden.

Die Abhandlung ist, soweit ich sie beurteilen kann, sachlich einwandfrei und bringt vieles sehr gut auf den Punkt. Trotzdem möchte ich eine konstruktive Kritik anbringen, die ich für eine erfolgversprechende Argumentation in der Kriegsschuldfrage für äußerst wichtig halte. Es geht um die Gewichtung von Tatsachen, insbesondere bei der folgenden Darstellung des deutschen

Angebots an Polen vom 24. Oktober 1938 (Zitat aus "Fall Weiß" von "Edmund"):

Deutsche Vorschläge für eine friedliche Einigung

Demgegenüber standen deutscherseits die bereits von mir erwähnten und jetzt nochmals umrissenen Angebote an Warschau, mit denen wahrhaft "goldene Brücken" gebaut wurden:

1. Die Aufnahme Polens in den Antikominternpakt und militärischer Schutz für Polen im Falle eines sowjetischen Angriffs.

2. Rückkehr Danzigs zum Deutschen Reich und Bau einer exterritorialen Autobahn durch den Korridor.

3. Garantie der polnischen Grenzen.

4. Der deutsch-polnische Vertrag wird von 10 auf 25 Jahre verlängert.

Die im Auftrag der offiziellen Geschichtslüge arbeitenden etablierten Historiker vermeiden es i.d.R., dieses wichtige Angebot überhaupt zu erwähnen, und zwar aus nachvollziehbaren Gründen, wie ich noch zeigen werde. Um so lobenswerter ist es, daß "Edmund" es in seiner Ausarbeitung deutlich herausstellt. Doch leider hat seine Darstellung m.E. einen schwerwiegenden pädagogischen Makel: Sie versteckt unter der unscheinbaren Bezeichnung "Garantie der polnischen Grenzen" (Punkt 3) den Vorschlag Adolf Hitlers, im Rahmen eines Abkommens mit Polen deutscherseits die bestehenden Grenzen zwischen den beiden Ländern als endgültig anzuerkennen.

Gerade dieser Vorschlag war aber der entscheidende Punkt des Angebots. Ihn hätte die polnische Führung ihrer eigenen Bevölkerung als spektakulären Erfolg verkaufen können und als ausreichende Kompensation, ja Überkompensation für die formelle Angliederung der ohnehin nationalsozialistisch regierten, rein deutschen Stadt Danzig an das Reich. Denn das sogenannte "Ostlocarno", also eben die völkerrechtlich verbindliche Anerkennung der polnischen Hoheit über die nach dem Ersten Weltkrieg von Polen annektierten deutschen Gebiete - den sogenannten polnischen Korridor, zu dem Danzig als "Freie Stadt" unter Völkerbundsaufsicht bekanntlich nicht gehörte-, war bis dahin ein absolutes Tabu in Deutschland gewesen. In der Weimarer Republik wurde es vom ganzen politischen Spektrum - von weit rechts bis weit links - als geradezu undenkbar bezeichnet und besonders die militärischen und großbürgerlichen Oberschichten, die Hitler nicht zuletzt wegen seiner Polenpolitik kritisch gegenüberstanden, haben es auch im Dritten Reich rigoros abgelehnt. Besonders der konspirativ arbeitende, konservative "Widerstand" war grundsätzlich gegen Hitlers Versöhnungspolitik gegenüber Polen und erhielt durch den genannten Punkt des deutschen Angebots an Polen sozusagen die letzte "moralische" Vergewisserung ihrer haßerfüllten Gegnerschaft zu Hitler und zugleich eine willkommene Gelegenheit, heimlich Stimmung gegen die Regierung und ihre Außenpolitik zu machen. Obwohl Hitler wohl kaum von der schon damals existierenden, weitverzweigten, landesverräterischen Verschwörung des "Widerstandes" wußte, war ihm diese grundsätzliche politische Frontstellung durchaus bewußt.

Trotzdem, also in Kenntnis der in den deutschen Oberschichten, besonders in den höheren militärischen Rängen, weit verbreiteten Ablehnung seiner Polenpolitik und in Kenntnis auch der mit dieser hochrangigen Opposition verbundenen Gefahren, ließ Hitler seinen Außenminister dem polnischen Botschafter Lipski am 24. Okt. 1938 das genannte spektakuläre Angebot unterbreiten.

In diesem Zusammenhang ein paar allgemeine Überlegungen zur Argumentationslage: In einer Diskussion ist man immer im Vorteil, wenn man für die Begründung seines Standpunktes nur wenige Tatsachen, ja im günstigsten Fall nur einen einzigen unwiderlegbaren Tatbestand benötigt.

Denn die Verknüpfung mehrerer Tatbestände macht eine komplexe Argumentation erforderlich, der die Diskussionspartner oder die Adressaten einer Aufklärungsschrift vielleicht nicht folgen können und nicht selten auch nicht folgen wollen.

WENN ES ÜBERHAUPT MÖGLICH IST, DURCH EINE SOLCHE, AUCH BEI ISOLIERTER BETRACHTUNG AUSSAGEFÄHIGE EINZELTATSACHE HITLERS FRIEDENS- UND VERSTÄNDIGUNGSSTRATEGIE GEGENÜBER POLEN ÜBERZEUGEND DARZUSTELLEN, SO GANZ GEWISS VOR ALLEM DURCH DAS ERWÄHNTE ANGEBOT EINES "OSTLOCARNOS".
DENN DARIN STECKT DAS MIT ABSTAND ÜBERZEUGENDSTE ARGUMENT FÜR HITLERS VERSTÄNDIGUNGSWILLEN GEGENÜBER POLEN UND FÜR DIE NICHTEXISTENZ JEGLICHER STRATEGISCHEN PLÄNE [1] DER DEUTSCHEN FÜHRUNG ZUR ZERSCHLAGUNG POLENS.

DESWEGEN MUSS M.E. GERADE DIESER SACHVERHALT IN JEDER DISKUSSION ÜBER DIE KRIEGSSCHULD PLAKATIV HERAUSGESTELLT UND SEHR WEITGEHEND AUSGELEGT WERDEN.

Wie gesagt, ich wollte hier nur die Gelegenheit nutzen, um auf diesen überaus wichtigen Umstand hinzuweisen, nicht etwa gegenüber "Edmund" als Kritikaster auftreten. Im Gegenteil, ich bin ihm für seinen wertvollen Beitrag sehr dankbar.

PER LENNART AAE

[1] Daß es dagegen einen Operativplan gab - eben den "Fall Weiß" -, versteht sich bei Betrachtung der damaligen Lage - mit polnischer Mobilmachung etc. pp. - beinahe von selbst.

Vergleich zwischen Polenfeldzug und dem Überfall auf den Irak >>